

472747-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden – Erweiterung der Kindertagesstätte "Pustebblume" in der Ortsgemeinde Dörth - Architekt

OJ S 152/2024 06/08/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeinde Hunsrück-Mittelrhein

E-Mail: vergabestelle@vg-hm.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Erweiterung der Kindertagesstätte "Pustebblume" in der Ortsgemeinde Dörth - Architekt
Beschreibung: Durch geänderte Rahmenbedingungen beim Betrieb der Kindertagesstätte und auf Grund gestiegener Kinderzahlen ist eine Erweiterung der Kindertagesstätte "Pustebblume" in Dörth erforderlich. Der Erweiterungsbau kann auf dem Außengelände der bestehenden Kita errichtet und direkt mit dem Bestand verbunden werden. Der geplante Anbau soll eingeschossig mit einem Flachdach (Gründach mit Photovoltaikanlage) realisiert werden, zu allen Seiten sind ebenerdige Ausgänge vorgesehen.

Kennung des Verfahrens: 2f6c7b44-7399-4070-b836-86703eb83144

Interne Kennung: Planungsleistungen KiTa Dörth

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Am Dorngarten 15

Stadt: Dörth

Postleitzahl: 56281

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Hunsrück-Kreis (DEB1D)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: §§ 123, 124 GWB

Konkurs: §§ 123, 124 GWB
Korruption: §§ 123, 124 GWB
Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: §§ 123, 124 GWB
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: §§ 123, 124 GWB
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: §§ 123, 124 GWB
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: §§ 123, 124 GWB
Betrugsbekämpfung: §§ 123, 124 GWB
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: §§ 123, 124 GWB
Zahlungsunfähigkeit: §§ 123, 124 GWB
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: §§ 123, 124 GWB
Falsche Angaben, verweigernde Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: §§ 123, 124 GWB
Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: §§ 123, 124 GWB
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: §§ 123, 124 GWB
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: §§ 123, 124 GWB
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: §§ 123, 124 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: §§ 123, 124 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: §§ 123, 124 GWB
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: §§ 123, 124 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: §§ 123, 124 GWB
Entrichtung von Steuern: §§ 123, 124 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: §§ 123, 124 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Architektenleistungen Gebäude und Freianlagen
Beschreibung: Gegenstand der abzuschließenden Verträge sind Leistungen des Leistungsbildes Gebäudeplanung gem. §§ 33 ff. HOAI zur Planung und Durchführung der Erweiterung der Kindertagesstätte Pustebume in Dörth. Eine eigenständige Freianlagenplanung gem. §§ 38 ff. HOAI ist nicht vorgesehen, lediglich die Geländeanpassung an den Erweiterungsbau. Die Honorarabrechnung ist mit der Gebäudeplanung vorzusehen. Bezüglich weiterer Details wird verwiesen auf den Erläuterungsbericht und die Planunterlagen. Die Auftraggeberin hat eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen, die die Leistungsphasen 1 und 2 umfasst und Bestandteil der Vergabeunterlagen ist. Stufenweise Beauftragung Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer nach näherer Maßgabe des Vertragsentwurfs mit der Erbringung von Planungsleistungen (Leistungsphasen 3 - 9 HOAI) in Leistungsstufen, wobei auf die Beauftragung der Leistungsstufe 2 kein Rechtsanspruch besteht. Leistungsstufe 1: Leistungsphasen 3 und 4 Leistungsstufe 2: Leistungsphasen 5 bis 9
Interne Kennung: 2024-07-05-1000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Am Dorngarten 15

Stadt: Dörth

Postleitzahl: 56281

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Hunsrück-Kreis (DEB1D)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/12/2024

Enddatum der Laufzeit: 30/06/2027

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer nach näherer Maßgabe des Vertragsentwurfes mit der Erbringung von Planungsleistungen der Leistungsphasen 3 bis 9 für die Objektplanung und 1-9 für die Freianlagenplanung, die dem Leistungsbild Gebäudeplanung (§ 34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10 HOAI) und dem Leistungsbild Freianlagenplanung § 39 HOAI in Verbindung mit Anlage 11) zuzuordnen sind. Baugrundgutachten, Brandschutzplanung etc. werden gesondert ausgeschrieben. Die Beauftragung erfolgt in Leistungsstufen. a) Zunächst werden nur die Grundleistungen der Leistungsphasen 3 und 4 für Objektplanung und die Leistungsphasen 1-4 für die Freianlagenplanung beauftragt. b) Der Auftraggeber kann die nachfolgenden Grundleistungen der Leistungsphasen 5 bis 9 (Objektplanung) und 5-9 (Freianlagenplanung) teilweise – in einer oder mehreren weiteren Leistungsstufen durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer in Auftrag geben. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, auch die über die im Vertragsentwurf genannten unbedingten beauftragten Leistungen hinausgehenden Leistungen nach den Bedingungen dieses Vertrages zu erbringen, sofern diese Leistungen durch den Auftraggeber beauftragt werden. Diese Bindung entfällt für Leistungen, die nicht spätestens 12 Monate nach Abschluss der zuletzt (ganz oder teilweise) beauftragten Leistungsstufe beauftragt werden. Aus Projektverzögerungen, die allein auf die stufenweise Beauftragung zurückzuführen sind, kann der Auftragnehmer einen zusätzlichen Vergütungs- oder sonstigen Zahlungsanspruch nicht herleiten. Ein Rechtsanspruch des Auftragnehmers auf Beauftragung mit weiteren Leistungen über den vertraglich fest beauftragten Leistungsumfang hinaus besteht nicht. Der Auftragnehmer hat im Rahmen des werkvertraglich geschuldeten Gesamterfolgs – auch bei Beauftragung weiterer Leistungsstufen/Leistungsphasen – sämtliche beauftragten Grundleistungen der beauftragten Leistungsphasen nach § 34 Abs. 3 HOAI in Verbindung mit Anlage 10.1 HOAI und § 39 Abs. 3 i.V.m. Anlage 11 HOAI zu erbringen. Die beauftragten Leistungen werden daher im Sinne selbständiger, von der Erzielung des Gesamterfolgs unabhängig zu erbringender Einzelleistungen geschuldet. Der Auftragnehmer ist zudem verpflichtet, die beauftragten Leistungen in allen Leistungsstufen/Leistungsphasen so zu erbringen, dass die Baumaßnahme mangelfrei durchgeführt werden kann bzw. wird.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1. Nachweis Verknüpfung mit anderen Unternehmen 2. Erklärung zum Russlandbezug 3. Ist der Bewerber eine juristische Person, hat er mit seinem Teilnahmeantrag einen Auszug aus dem Handels- oder Berufsregister (nicht älter als drei Monate) oder einen den Rechtsvorschriften seines Heimatstaates entsprechenden Nachweis vorzulegen. 4. Erklärung Eignungsleihe (nur im Bedarfsfall) 5. Erklärung Nachunternehmer (nur im Bedarfsfall - Anlage NU) Der Bewerber reicht mit seinem Teilnahmeantrag entsprechende Erklärungen ein

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: 1. Nachweis Berufshaftpflichtversicherung 2. Erklärung über den Gesamtumsatz und Umsatzes für vergleichbare Planungsleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: zu 1. Mindestdeckungssumme 2,0 Mio. Euro je Schadensfall für Personenschäden sowie 2,0 Mio. Euro für sonstige Sach- und Vermögensschäden. Alternativ kann eine Erklärung des Versicherungsgebers abgegeben werden, dass die Versicherungssumme im Auftragsfall für das Projekt zur Verfügung steht. Die geforderten Nachweise sind in Textform einzureichen und als Anlage 10 des Teilnahmeantrags einzureichen. zu 2. Mindestumsatz 200.000,00 Euro für vergleichbare Leistungen als durchschnittlicher Jahresumsatz in den letzten drei Geschäftsjahren (§ 122 Abs. 2 Nr. 2 GWB), Nachweise gemäß Anlage 5 des Teilnahmeantrags. Vergleichbar sind Leistungen der Objektplanung Gebäude.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Tabellarische Liste, in der die zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen namentlich und unter Angabe der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung, die auf Verlangen durch Vorlage von Berufszulassungsurkunden bzw. Studiennachweisen oder sonstigen vergleichbaren Belegen nachzuweisen ist, und unter Angabe der Berufserfahrung in Jahren genannt werden (§ 122 Abs. 2 Nr. 1, Nr. 3 GWB).

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestanforderungen: Die Projektleitung muss die Berufsbezeichnung Architekt oder Ingenieur führen oder nach den EU-Richtlinien berechtigt sein, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt oder Ingenieur tätig zu werden. Hierfür muss mindestens ein Architekt im Büro beschäftigt und Teil des Projektteams sein.

Zugelassen ist, wer nach den Architektengesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Architekt für die Objektplanung zu führen oder nach den EU-Richtlinien, insbesondere den Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt tätig zu werden. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn ihnen für die Durchführung der Aufgabe ein entsprechender Architekt zur Verfügung steht. Zudem muss der satzungsmäßige Zweck der juristischen Person auf Planungsleistungen ausgerichtet sein und der verantwortliche Verfasser der Planung oder der gesetzliche Vertreter der juristischen Person die an die natürliche Person gerichteten Anforderungen erfüllen. Der Bewerber muss für die Objektplanungsleistungen nach § 64 Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) bauvorlagenberechtigt sein. Im

Projektteam muss neben der Projektleitung mindestens eine Vertretung mit vergleichbarer beruflicher Qualifikation besetzt sein. Für die Leistungsphase 8 darf auch ein staatlich geprüfter Techniker für die Projektleitung oder die Stellvertretung benannt werden, wenn die jeweils andere Position die o.g. Qualifikation nachweist. Nachweise gemäß Anlage 7 und Anlage 8 des Teilnahmeantrags.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Erfahrung des Bewerbers mit vergleichbaren Objekten in Form von Referenzen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber hat seine besondere Erfahrung mit vergleichbaren Maßnahmen durch Vorlage mindestens zweier geeigneter Referenzen nachzuweisen, vgl. Anlage 6 zum Teilnahmeantrag. Vergleichbar sind Referenzen, die folgende Mindestanforderungen an die Vergleichbarkeit erfüllen: Referenzen Objektplanung: - Die Referenzen muss die Erweiterung von Kindertagesstätten, Grundschulen oder vergleichbaren Bildungseinrichtungen betreffen; - Das Referenzprojekt muss dabei mindestens eine Bausumme von 1.000.000 € aufweisen (KG 300 + KG 400). - Zu den Referenzen müssen mindestens die Planungsleistungen der Leistungsphasen 3-8 nach § 34 HOAI mindestens überwiegend erbracht worden sein. Der Abschluss der Leistungsphase 8 darf jeweils nicht vor dem 01.01.2018 erfolgt sein. - Nicht alle Leistungsphasen müssen zwingend in einem Projekt verwirklicht werden. Jede Leistungsphase muss jedoch mindestens zweimal überwiegend erbracht worden sein. - Mindestens eine der Referenzen muss eine Maßnahme zur Umsetzung der Klimafreundlichkeit wie z. B. PV-Anlage, Gründach oder Nutzung erneuerbarer Energien aufweisen. Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind. Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Zahl der Teilnehmer, zu reduzieren. Dazu wird die höchste Anzahl der in der Bekanntmachung geforderten und in Anlage 6 zum Teilnahmewettbewerb angeführten vergleichbaren Referenzprojekte herangezogen. Werden nicht alle geforderten Leistungsphasen in einem Projekt verwirklicht, zählt die Erbringung der Leistungsphasen 3-8 aus verschiedenen Projekten addiert als eine Referenz. Liegen mehrere Bewerber/innen auf dem 3. bzw. 5 Platz, entscheidet das Los.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E61526275>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 20/09/2024

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E61526275>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 02/09/2024 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 90 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von Unterlagen erfolgt gemäß § 56 VgV über die Bieterkommunikation.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Informationen über die Überprüfungsfristen: Informationen über die Überprüfungsfristen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen § 134 GWB: Nach § 160 GWB gelten nachfolgende Vorgaben und Fristen für Rechtsbehelfe: (1) Die

Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat

und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten

Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und

gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen

Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur

Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen

Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber

gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung die Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Verbandsgemeinde Hunsrück-Mittelrhein

Organisation, die Angebote bearbeitet: Verbandsgemeinde Hunsrück-Mittelrhein

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeinde Hunsrück-Mittelrhein

Registrierungsnummer: Leitweg-ID 071405009000-001-77

Postanschrift: Rathausstr. 1

Stadt: Emmelshausen

Postleitzahl: 56281

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Hunsrück-Kreis (DEB1D)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Fachbereich 3

E-Mail: vergabestelle@vg-hm.de

Telefon: +496747121-218

Fax: +496747121-159

Internetadresse: <https://www.hunsrueckmittelrhein.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Registrierungsnummer: USt-ID-Nr.: DE 355604198

Abteilung: Vergabekammer

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telefon: +49613116-2234

Fax: +49613116-2113

Internetadresse: <https://mwwlw.rlp.de/ministerium/zugeordnete-institutionen-1/vergabekammer/ihr-kontakt-zu-uns>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 8adaee2a-5739-4f16-b26d-bf5e70c715df - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 02/08/2024 22:44:34 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 472747-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 152/2024

Datum der Veröffentlichung: 06/08/2024